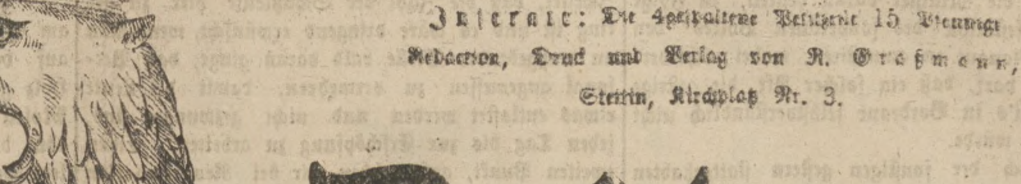
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 24. April 1879. Nr. 190.

Deutschland.

** Berlin, 23. April. Die „Prov.-Corr." bringt heute die Fortsetzung ihres Artikels über die Aussichten der Finanz- und Zollreform. Der Artikel erscheint namentlich durch die außerordentlich versöhnliche Haltung bemerkenswerth und läßt erkennen, daß die Reichsregierung nach wie vor darauf rechnet, auch mit der großen Mehrzahl der nationalliberalen Partei bei der bevorstehenden Entscheidung ein Einverständniß zu erreichen.

Mit der Vertretung des Gesetzentwurfs über die Erhebung der Brausteuer im Reichstage ist der Oberzollrath Boccius von Seiten des Bundesraths beauftragt worden.

Zwischen der deutschen Reichspost-Verwaltung und der Allgemeinen Postwagenunternehmung von Gend und Loos zu Rotterdam ist am 22. März ein Uebereinkommen betreffend den gegenwärtigen Austausch von kleinen Packeten sowie von Geldsendungen in Packetform abgeschlossen worden, welches mit dem 1. Mai zur Ausführung kommt. Nach den Bestimmungen der Uebereinkunft gelangt vom 1. Mai ab im Verkehr zwischen Deutschland und den Niederlanden ein einheitlicher Posttarif für Packete bis zum Gewicht von 5 Kilogr. zur Einführung.

Dem Bundesrath ist jetzt die Vorlage in Betreff der Erwerbung des Raczynski'schen Grundstücks für das Parlamentsgebäude zugegangen. Die Kaufsumme beträgt 1,100,000 Mark. Das Grundstück und ein im Besitz des preußischen Staates befindliches Areal [illegible] Straßenland genügt für den [illegible]. Der Erwerbung von Nachbargrundstücken bedarf es nur noch in dem Falle, daß ein Theil der an der östlichen Front des künftigen Reichstagsgebäudes sich hinziehenden Sommerstraße für den Bau mit zu verwenden ist. In diesem Falle müßten Grundstücke, welche der Deutschen Eisenbahnbaugesellschaft gehören, erworben werden. Diese hat sich bereit erklärt, entweder nur das zur Straßenverbreiterung nothwendige Terrain von etwa 1800 qm. zum Preise von 420 Mk. per qm. zuzüglich des Feuerkassenwerths der darauf stehenden Gebäude, oder die Grundstücke Sommerstraße 7—9 in ihrer Gesammtheit zum Preise von 2,740,000 Mk., oder endlich die gedachten Grundstücke und eine dahinter belegene Parzelle von zusammen 11,765,70 qm. Fläche zum Preise von 3,730,000 Mk. zu verkaufen.

In den Tagen vom 29. September bis 1. Oktober soll in Weimar der 5. deutsche Seminarlehrertag abgehalten werden.

Im April wurden 22 Telegraphenanstalten mit beschränktem Tagesdienst eröffnet, darunter 17 mit Fernsprechern.

Der deutsche Beamtenverein ist im Begriff, die Reglements für die Errichtung der Krankenkasse und der Pensionszuschußkasse, welche im Laufe dieses Sommers in Wirksamkeit treten sollen, einer Kommission von Sachverständigen zur letzten Prüfung zu übergeben.

Nach der amtlichen Aufstellung über die Bewegung der Schiffe der deutschen Marine in der ersten Hälfte des April befand sich Kanonenboot „Albatroß" in Auckland, „Ariadne" in Agra, „Bismarck" in Valparaiso, „Komet" in Konstantinopel, „Cyklop" in Tientsin, „Freya" in Shanghai, „Hansa" auf der Reise nach Hayti, „Leipzig" in Yokohama, „Luise" in Singapore, „Nymphe" in Curaçao, „Pommerania" in Konstantinopel, „Prinz Adalbert" in Panama, „Wolf" in Hongkong.

Berlin, 23. April. Auf den Wunsch des Großherzogs von Baden hat der Kaiser genehmigt, daß die allerhöchste Ordre vom 5. d. M. veröffentlicht werde, womit der Bitte des Generals der Infanterie von Werder, kommandirenden Generals des 14. Armeekorps, um Abschiedsbewilligung entsprochen wurde. Wir entnehmen der „Karlsr. Ztg." den folgenden Wortlaut dieser allerhöchsten Ordre:

„Ich ersehe mit lebhaftem Bedauern aus Ihrem Schreiben vom 30. März d. J., daß Sie den Zeitpunkt für die Beendigung Ihrer so ehrenvollen und an Verdiensten so reichen Dienstzeit für gekommen erachten. Es wird Mir sehr schwer, dem zuzustimmen, aber Ich muß es thun, denn je ehrenvoller die Dienstzeit, je größer auch der Anspruch auf Ruhe im Alter; es würde eine Härte gegen einen hochverdienten General sein, wenn Ich Ihnen die wohlverdiente Ruhe vorenthalten wollte. Ich bewillige Ihnen also hiermit den nachgesuchten Abschied, indem Ich Sie mit der gesetzlichen Pension zur Disposition stelle, und indem Ich — um Ihren gefeierten Namen der Armee zu erhalten — bestimme, daß Ihre Stellung als Chef des 4 rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 30 hierdurch nicht verändert wird. Zugleich erhebe Ich Sie in den Grafenstand, welcher in Ihrer männlichen Nachkommenschaft nach dem Recht der Erstgeburt forterben soll, und wünsche hierdurch Ihnen, der Armee und dem Vaterlande zu bethätigen, daß Ich Ihrer heldenmüthigen Abwehr des Feindes von dem Eindringen in das Vaterland jederzeit mit warmem Dank und lebhafter Anerkennung eingedenk bin. Möge Ihnen nach Allem, was Sie gethan, noch ein ruhiger und langer Lebensabend beschieden sein, in welchem Sie der herzlichsten Wohlgeneigtheit Ihres Königs und der ehrenvollsten Erinnerung in der Armee versichert sein dürfen.

Berlin, 15. April 1879.

(m. pr.) Ihr dankbarer König
Wilhelm."

An den General der Infanterie von Werder, kommandirenden General des 14 Armeekorps.

— Der „Rhein." Cour." schreibt aus Wiesbaden, 22. April: Se. Majestät der Kaiser wohnte auch gestern Abend mit der Großherzogin von Baden der Theatervorstellung bei. Zwischen einigen kleinen Lustspielen gab man eine sinnig arrangirte Balletscene, an deren Schluß eine neue Dekoration erschien, die den Triumphbogen zeigte, den im vorigen Jahre die Stadt Wiesbaden am Eingange des Marktplatzes zu Ehren des nach trüben Tagen vollkommen wiederhergestellt hier einziehenden Kaisers errichtet hatte. Die [illegible] stimmte das Publikum mit stürmischem Zurufe bei, für den der sichtlich erfreute greise Monarch freundlich dankte.

— Der Aufenthalt des Kaisers in Wiesbaden wird, wie die „Prov.-Korrespondenz" schreibt, voraussichtlich bis Ende dieses Monats dauern und der Kaiser zum 1. Mai nach Berlin zurückkehren, um am 2. Mai der an diesem Tage (Groß-Görschen) hergebrachten großen Truppenbesichtigung beizuwohnen.

— Die neue Erfindung zur Herstellung von Stahl aus phosphorhaltigen Erzen fängt bereits an, die deutsche Eisen-Industrie aufzurütteln. Das Patent für dieses Verfahren, in dessen Besitz sich Herr Krupp befindet, wird dem gleich geachtet, welches in Middlesborough mit so großem Erfolge zur Anwendung gelangt ist und haben sich schon andere Werke mit Krupp in Verbindung gesetzt, um die Berechtigung zu erlangen, die neue Erfindung zu Gunsten ihres Betriebes einzuführen. So beabsichtigen die Dillinger Werke, welche die Kruppsche Erfindung, so weit ihr Betrieb in Frage kommt, angekauft haben, den Umbau ihres ganzen Etablissements und haben bereits eine Generalversammlung behufs Aufbringung der dazu erforderlichen Geldmittel ausgeschrieben. Es kann durchaus nicht ausbleiben, daß andere Werke bald nachfolgen werden und in kurzer Zeit unsere gesammte Hütten-Industrie sich in einer Neugestaltungs-Periode befinden wird. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß nach den Erfahrungen, welche man bisher mit den Erfindungen auf dem Gebiete der Stahlindustrie gemacht hat, das Patent selbst sehr bald offenes Geheimniß sein wird. Daß aber die deutschen Eisenwerke, insoweit die lokalen Vorbedingungen dazu vorhanden sind, sich den Umwälzungen auf ihrem Industriegebiete möglichst schleunig anpassen, ist um so nothwendiger, als die gelungenen Versuche, welche man mit der Entphosphorirung des Eisens in England gemacht hat, dazu geführt haben, daß bei den neuesten englischen Submissions-Ausschreibungen von der Firma, welche zuerst das neue Verfahren in ihrem Betriebe angewendet hat, die Tonne Stahlschienen zu 87 Shilling (circa 88 Mark) angeboten werden konnte, während früher die Selbstkosten zur Herstellung einer Tonne Stahlschienen sich auf ca. 100 Shilling beliefen. Gegenüber solcher Preisherabsetzungen können alle die Zollkunststückchen, welche in Aussicht genommen sind, die deutsche Stahlindustrie n i c h t konkurrenzfähig erhalten, und es bleibt derselben eben nichts Anderes übrig, als mit der Zeit und ihren Erfindungen mitzuschreiten. Eine ganz besondere Bedeutung wird der in Aussicht zu nehmende rapide Preissturz des Stahls für unsere sämmtliche Industrie haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Stahl nach der Verwohlfeilung dieses Materials in einer großen Anzahl von Gewerben die bisher zur Anwendung gekommenen Materialien, besonders Holz, verdrängen wird, wobei auch die Holzzöllner vielleicht die Erfahrung machen können, daß es der Natur manchmal selbst beikommen kann, gegen naturwidrige Ausgleichsversuche Rezepte zu verschreiben. Die nächste Folge der jetzt ermöglichten Herstellung von Stahl aus phosphorhaltigen Erzen dürfte sich darin zeigen, daß die auf großen Stahlbedarf angewiesenen Industrien nennenswerthe Ersparnisse machen. Es gilt dies besonders vom Eisenbahnwesen und wird in Folge unseres großen Staatsbahnbesitzes auch der Staatssäckel davon profitiren.

— Die „Prov.-Korr." begründet in einem zweiten, sich an einen vor vierzehn Tagen erschienenen anschließenden Artikel die guten Aussichten der Finanz- und Zollreform mit dem Hinweis auf bestimmte Thatsachen und Kundgebungen, welche im Laufe der letzten Jahre auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Politik hervorgetreten sind:

Die Nothwendigkeit und Dringlichkeit einer umfassenden wirthschaftlichen Reform ist in der That von den verschiedensten Gruppen der Reichsvertretung, mit alleiniger Ausnahme der Fortschrittspartei, längst erkannt und verkündet worden, wenn auch die einzelnen Parteien mit mehr oder minder großer Lebhaftigkeit je für eine oder andere Seite der umfassenden Reform eingetreten sind, welche der Reichskanzler seinerseits in ihrem ganzen inneren Zusammenhange und in ihrer allseitigen Bedeutung für die [illegible]-Wohlfahrt der deutschen Nation erfaßt und zur Lösung durch die Reichsgewalten gestellt hat.

Der Zusammenhang der [illegible] in's Auge gefaßten finanziellen und wirthschaftlichen Aufgaben ist in der That so unverkennbar, daß eine wirklich befriedigende und gerechte Lösung sich nicht auf ein Gebiet allein erstrecken kann.

Und darauf beruht auch die Zuversicht, daß die verschiedenen Gruppen, welche theils vom Standpunkte einer selbstständigen nationalen Finanzpolitik, theils nach den Gesichtspunkten der unmittelbaren wirthschaftlichen Bedürfnisse des Volkes zunächst die eine oder die andere Seite der Reform betont und unterstützt haben, sich schließlich mit der Regierung verständigen werden, um das Werk der wirthschaftlichen Erneuerung in seinem vollen Zusammenhange aufzunehmen und durchzuführen.

Bei den öffentlichen Erörterungen über die Reformaufgaben steht neuerdings fast überall die Frage der Zollreform so ausschließlich im Vordergrunde, daß die früheren Vorgänge und Verhandlungen in Bezug auf die Vorbereitung einer Wirthschaftsreform, welche zunächst auf die Finanz- und Steuerreform hinzielte, fast wie vergessen erscheinen, obwohl die allgemeinen Gesichtspunkte, von denen der Kanzler damals ausging und welchen sich ein großer Theil der liberalen Partei mehr und mehr anzuschließen schien, dieselben sind, welche auch den jetzigen Plänen der Regierung zu Grunde liegen.

Weiter wirft das halbamtliche Blatt einen Rückblick auf die wachsende Zustimmung, welche die Pläne des Kanzlers bezüglich eines eigenen gemeinsamen Finanzsystems fanden, und welcher noch Herr von Bennigsen im Frühjahr 1877 Ausdruck gab. Die „Prov.-Corr." geht dann auf die diesjährigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ein und verweist auf die vom Finanzminister verlesene Allerhöchste Kabinetsordre und die darauf bezüglichen Erklärungen des Ministers bezüglich der Wahrung der Rechte der Landesvertretung, wobei die Uebereinstimmung zwischen der Regierung und dem Hause noch bestimmter festgestellt und von der großen Mehrheit des Hauses durch die förmliche Kundgebung der „dankbaren Annahme der mit Allerhöchster Ermächtigung abgegebenen Erklärung der Regierung" besiegelt wurde.

— Ueber die Stellung des Centrums zu den wirthschaftlichen Fragen schreibt heute die „Germania":

„Richtig ist allerdings, daß die Centrumspartei, gemäß den in ihren Kreisen seit Langem herrschenden Anschauungen, die Umkehr auf wirthschaftlichem Gebiete freudig begrüßt hat, indessen hat sie in keiner Form auf die Prüfung der einzelnen Fragen verzichtet, und das um so weniger, als es sich zugleich dabei um Finanzzölle handelt, die eine erhebliche Belastung des Volkes herbeiführen. Für die letzteren werden auch die Offiziösen keine Begeisterung zu notiren wagen, und am wenigsten sind es Centrumskreise, welche den bloßen Finanzzöllen „mit Fröhlichkeit" entgegensehen. Die Bedenken gegen die Bewilligung der Finanzzölle, die wir wiederholt angedeutet haben, würden noch verstärkt werden, wenn die Gerüchte von einer nahe bevorstehenden wesentlichen Erhöhung des Militäretats auf Wahrheit beruhten. Wie dem auch sei, das ist nicht in Abrede zu stellen, daß das Volk in seiner Mehrheit eine Reform der Zollpolitik fordert, während dasselbe den neuen Finanzprojekten sehr kritisch und skeptisch gegenübersteht, indessen, unter der Voraussetzung einer verständigen Reform der Zollpolitik, auch bereit ist, dem Reiche durch finanzielle Maßregeln neue Mittel in mäßiger, den unabweislichen Bedürfnissen entsprechender Höhe zu bewilligen."

— Vorgestern sind nun endlich auch die Anlagen zur Begründung des Gesetzentwurfs betreffend den Zolltarif des deutschen Reichs den Abgeordneten in die Ferien nachgesandt worden. Sie umfassen einen Band von nicht weniger als 313 Seiten, dazu kommen die 136 Seiten des Gesetzentwurfs und seiner Begründung, die 47 Seiten der Brausteuer- und die 41 Seiten der Tabaksteuer-Vorlage, das macht in Summa 537 Seiten in Großquart, die noch bis zur Wiedereröffnung des Reichstages von den Mitgliedern wenigstens durchflogen sein wollen. Von einer eigentlichen Durcharbeitung des gewaltigen Stoffes kann natürlich nur bei den Wenigen die Rede sein, welche durch langjährige, eingehende Beschäftigung mit der Materie besonders dazu befähigt sind. Die Uebrigen werden sich damit begnügen müssen, Einzelfragen herauszugreifen, denen sie aus Rücksichten auf [illegible] oder eigenen [illegible] spezielles Interesse [illegible]. So wird es kommen, daß zwar in der [illegible] sich sehr viele Redner [illegible] vernehmen [illegible], aber nur ein beschränkter Kreis [illegible] das Wort ergreift. Wem die Vertretung der Zolltarifvorlage von Seiten des Bundesraths anvertraut wird, ist seit gestern bekannt. Nach unseren Informationen soll Herr Tiedemann die Zollreform im Allgemeinen vertheidigen, während Herr Rothe vom preußischen landwirthschaftlichen Ministerium für die Getreide-, Vieh- und Holzzölle eintreten soll. Dem sächsischen Kommissar Geheimen Rath Böttcher ist die Vertretung der auf die verschiedenen Zweige der Textilindustrie, namentlich die Baumwollen- und die für das sächsische Königreich besonders wichtige Leinenindustrie, sowie die Spitzenklöppelei und die Posamentierarbeiten des Erzgebirges bezüglichen Positionen übertragen worden. Die Finanzzölle wird der bairische Ministerrath Mayr, der sich durch seine Befürwortung des Tabaksmonopols bekannt gemacht hat, vertreten, alles Uebrige ist dem Geheimen Rath Burchard vom Reichskanzleramt überlassen.

— Wie wir hören, werden diejenigen Reichstags-Abgeordneten, welche geneigt sind, für Zölle auf landwirthschaftliche Produkte zu stimmen, unmittelbar nach dem Wiederbeginn der Reichstags-Verhandlungen aufgefordert werden, zu einer letzten vertraulichen Besprechung zusammenzutreten.

Ausland.

Paris, 21. April. Der Konseilpräsident Waddington und der Minister des Innern Lepere sind zur Theilnahme an der Generalraths-Session, die heute beginnt, in die Provinz gereist, es sind überhaupt heute nur drei Minister in Paris anwesend, so daß also kein Ministerrath stattfinden konnte, um über die Maßregeln Beschluß zu fassen, welche die Regierung Angesichts des Resultats der Deputirtenwahl in Bordeaux ergreifen muß. Man sollte freilich meinen, daß die Minister vor ihrer Abreise die Eventualität der Wahl Blanqui's in Betracht gezogen und im Voraus entschieden haben, was dieser Thatsache gegenüber geschehen soll. Wie bereits telegraphisch mitgetheilt, wurde heute Abend noch vielfach angenommen, daß die Wahlkommission der Präfektur in Bordeaux nicht Blanqui, sondern Herrn Lavertujon als erwählten Deputirten proklamiren und auf diese Weise die fatale Angelegenheit vorläufig erledigen werde. Die Anhänger Blanqui's könnten in diesem Falle an den Präfekturrath appelliren, und wenn auch dieser die Ungiltigkeit der auf Blanqui gefallenen Stimmen bestätigte, was sicher der Fall sein würde, bliebe ihnen als Letztes Berufung an den Staatsrath übrig, der aber ganz unzweifelhaft der Entscheidung der Wahlkommission und des Präfekturrathes seine Sanktion ertheilen würde. Freilich würde dann die radikale Partei nicht ermangeln, die Angelegenheit auch vor die Kammer zu bringen, aber gestützt auf die Entscheidungen der kompetenten Instanzen könnte das Kabinet einer

solchen Interpellation mit größter Ruhe entgegensehen.

Es liegt nun noch nichts Authentisches über die von dem Minister des Innern dem Präfekten von Bordeaux ertheilten Ordres vor; ich konnte mich aber vergewissern, daß weder der Präsident der Republik noch die Minister daran denken, in Folge dieser „Manifestation des souveränen Volkes" den „Märtyrer" Blanqui zu amnestiren, wobei nicht vergessen werden darf, daß ein solcher Akt die gestrige Wahl Blanqui's in Bordeaux selbstverständlich nicht gültig machen würde.

Hinsichtlich der sonstigen gestern stattgehabten Wahlen ist zu bemerken, daß die Ernennung des Bonapartisten Godelle im achten Pariser Wahlbezirke eine Thatsache ohne jede besondere politische Bedeutung ist. Dieser Wahlbezirk, den das Viertel der elyseeischen Felder und des Faubourg St. Honoré bilden, ist noch mehr als das Faubourg St. Germain ein von „Aristokraten" und von Leuten, die von denselben abhängen, bewohnter Stadttheil und ist noch niemals von einem republikanischen Deputirten vertreten gewesen. Ein solcher hätte nur dann im Wahlkampfe siegen können, wenn die „Konservativen" auch bei der Stichwahl ihre Stimmen auf verschiedene Kandidaten zersplittert hätten. Sobald aber Bonapartisten, Orleanisten und Legitimisten sich dahin geeinigt hatten, Herrn Godelle als gemeinschaftlichen Kandidaten anzuerkennen, war für den Republikaner jede Aussicht geschwunden, und das republikanische Komitee hätte sich sein letztes noch gestern Morgen an die Mauern geschlagenes Manifest ersparen können, worin dem „spectre de l'Empire" mit Metz und Sedan, mit Elsaß und Lothringen und Allem, was dazu gehört, zu Leibe gegangen wurde. Die Bonapartisten können nun mit einer gewissen Berechtigung heute Abend sagen: „Vous voyez bien, que cela ne prend plus".

Ein zweiter bonapartistischer Wahlsieg wird aus dem Departement der Haute Garonne gemeldet, wo Herr Niel den Republikaner Pénent mit 11,569 gegen 10,124 Stimmen geschlagen hat, obgleich er erst in letzter Stunde, drei Tage vor der Wahl, seine Kandidatur wieder aufgestellt hatte. Dieser Herr Niel war am 14 Oktober 1877 als offizieller Kandidat des 16. Mai mit 12,491 Stimmen gewählt worden gegen 11,578, welche der bisherige republikanische Deputirte Paul von Remusat erhielt. Die Wahl wurde von der Kammer kassirt und bei der Neuwahl siegte Herr von Remusat mit 12,915 gegen 11,161 Stimmen, die dem Gegenkandidaten treu geblieben waren. In Folge der Ernennung des Herrn von Remusat zum Senator mußten die Wähler nochmals zur Urne gerufen werden; am 6. April beim ersten Wahlgange erhielten der republikanische Kandidat Penant 8861, der Bonapartist Niel 4114 und die Republikaner Ferran und Perpersac 2889 beziehentlich 1981 Stimmen. Da [illegible] Wahl kein entscheidendes Resultat ergab, fand gestern [illegible] statt. Herr Niel hatte zuerst erklärt, seine Kandidatur [illegible] zu wollen und hatte erst am Donnerstag diesen Entschluß geändert und seinen Wahlaufruf veröffentlicht. Sein Wahlsieg über den Republikaner ist um so mehr bemerkenswerth; wie man hier sagt „das allgemeine Stimmrecht liebt solche Ueberraschungen".

Paris, 22. April. Aus verschiedenen Departements wird gemeldet, daß von den konservativen Mitgliedern der Generalräthe, welche soeben ihre Session eröffnet haben, der Antrag eingebracht werden soll, gegen die Unterrichtsvorlagen Jules Ferry's einen Protest zu beschließen. Hier wird versichert, der Minister habe die Präfekten angewiesen, selbst die Debatte über solche Anträge, als außerhalb der Kompetenz der Generalräthe stehend und deshalb ungesetzlich, zu verhindern.

Bezüglich der Wahl Blanqui's ist der Entschluß der Regierung noch immer unbekannt. Die gesammte besonnene republikanische Presse beschwört den Minister, in der „Blanqui-Frage" endlich Energie zu bethätigen.

Provinzielles.

Stettin, 24. April. Um einem in sachkundigen Kreisen vielfach laut gewordenen Wunsche zu entsprechen, hat der Minister für öffentliche Arbeiten in einem Erlasse vom 6. April bestimmt, daß denjenigen Studirenden des Maschinenfachs, welche die großen Sommerferien zu praktischen Arbeiten verwenden wollen, vorzugsweise in den Eisenbahnwerkstätten, soweit dies ohne Schädigung der denselben gestellten Aufgaben geschehen kann, Gelegenheit dazu gegeben werde. Die Studirenden haben bei ihrer Meldung zu diesem Zwecke Zeugnisse in Betreff ihrer bisherigen Leistungen und ihres sittlichen Verhaltens einzureichen und sich zu verpflichten, die zweimonatliche Ferienzeit ohne Unterbrechung in der Werkstatt zuzubringen, sich in die Ordnung der Werkstatt zu fügen und keinerlei Freiheit oder Sonderstellung in Anspruch zu nehmen.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlaß vom 9. März d. Js. die königlichen Eisenbahn-Direktionen ermächtigt, für lebende Fische, welche in mit Wasser gefüllten Kübeln und Fässern zur Aufgabe gelangen, eine Frachterleichterung dadurch zu gewähren, daß bei Aufgabe von mindestens 40 Centnern die einfachen Tarifsätze für Frachtgut auch bei Beförderung mit Personenzügen erhoben werden. Bei Bezahlung der Eilgutfracht soll unter nämlicher Voraussetzung der Beförderung, soweit thunlich, mit Courier- und Schnellzügen stattfinden.

— Unsere hiesigen S c h u t z l e u t e haben jetzt einen außerordentlich umfangreichen und angestrengten Dienst. Derselbe dauert täglich mit Einschluß der Sonn- und Festtage fast unausgesetzt vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein und sind die Schutzleute dabei fast immer auf den Beinen. Sind dieselben durch dringende persönliche Verhältnisse in Anspruch genommen, oder empfinden sie Sonntags das Bedürfniß, den Gottesdienst zu besuchen, so müssen sie in jedem Falle spezielle Dispensation vom Dienste erbitten. Es unterliegt daher gar keinem Zweifel, daß die Zahl der Schutzleute hier zu gering ist und es wäre dringend erwünscht, wenn man an maßgebender Stelle bald daran ginge, das Personal angemessen zu vermehren, damit die Leute etwas entlastet werden und nicht gezwungen sind, jeden Tag bis zur Erschöpfung zu arbeiten. Einen zweiten Punkt, auf welchen wir bei Reorganisation der hiesigen Schutzmannschaft die Aufmerksamkeit lenken möchten, bildet ferner die jetzige, den großen Anforderungen gegenüber nur g e r i n g e B e s o l d u n g der Schutzleute. Die Gehälter derselben betragen, so viel wir wissen, nur 96 bis 114 Mark monatlich, während die Schutzleute in Berlin, das ja in keiner Hinsicht mit vielleicht einziger Ausnahme der augenblicklich hier billigen Miethen theurer als Stettin ist, doch circa 15 Prozent im Gehalte besser stehen. Dies Verhältniß wird aber für die hiesige Schutzmannschaft noch dadurch wesentlich ungünstiger, daß die Stettiner Schutzleute davon nicht nur den Unterhalt für sich und ihre Familien, sondern auch die ganzen K o s t e n i h r e r E q u i p i r u n g zu bestreiten haben. Sie haben stets anständig und sauber in der vorgeschriebenen, aus theurem Tuche angefertigten Uniform zu erscheinen. Der Wechsel der Witterung, namentlich Regen und Nässe, ruiniren indessen die Kleider sehr schnell, abgesehen davon, daß nicht selten eine ganz neue Uniform im Kampfe mit Vagabunden und Verbrechern zerrissen wird, ohne daß dafür irgend ein Ersatz geleistet wird. Ganz im Gegensatz dazu hat die Berliner Schutzmannschaft f r e i e Equipirung, und nimmt man noch hinzu, daß in Berlin schon nach neunjähriger Dienstzeit im Militär Schutzleute angestellt werden, hier aber erst nach zwölfjähriger, so wird man eingestehen müssen, daß der Unterschied doch sehr bedeutend, und daß es nur billig wäre, wenn unsere Stettiner Schutzleute möglichst eben so gut oder doch wenigstens annähernd so wie die Berliner gestellt würden. Neuerdings ist noch das immerwährende Tragen des Helmes vorgeschrieben. Auch hierin können wir einen Vorzug gegen früher nicht erblicken. Der Helm ist, abgesehen von der Belästigung, die er verursacht, für Polizeibeamte kaum eine praktische Kopfbedeckung. Beim Laufen, Ringen u. s. w. ist er geradezu störend, während andererseits das Blitzen des Helmes Vagabunden und Verbrecher warnt und sie so vor dem weithin sichtbaren Beamten fliehen läßt, ehe dieser selbst sie zu Gesicht bekommt. Eine Kopfbedeckung ohne alle diese Uebelstände möchte für Dienste doch wohl empfehlenswerther scheinen.

— Die im Jahre 1852 in Plymouth erbaute bisher unter britischer Flagge gefahrenen Bark „Antagonist" von 372,82 Registertons Ladungsfähigkeit hat durch den Uebergang in das ausschließliche Eigenthum von J. H. Voß zu Stralsund das Recht zur Führung der deutschen Flagge [illegible]. Dem bezeichneten Schiffe, für welches der Eigenthümer Stralsund zum Heimathshafen gewählt hat, ist am 1. d. Mts. vom Kaiserlichen Konsulate zu Sunderland ein Flaggenattest ertheilt worden.

— Am Montag Vormittag kam der Schlosser Jul. Heinrich M ü l l e r in die Werkstatt des Tischlermeisters Schlutt, Rosengarten 5, und bot ein Stemmeisen zum Verkauf an. Bei dieser Gelegenheit entwendete er einen Hobel, mit welchem er aber später wieder abgefaßt wurde.

— Der Arbeiter T i n n aus Schwessin wurde auf dem Topfmarkt abgefaßt, als er eine Schüssel verkaufen wollte, welche er kurz vorher dem Geschirrhändler Frenzel aus Berlin gestohlen hatte. Als ihn ein Schutzmann zur Rede stellte, machte sich Tinn noch einer Beleidigung des Beamten schuldig.

— In der Nacht vom 20 zum 21. d. M. wurden dem Bauunternehmer Wodtke aus einer parterre belegenen Hinterstube des Neubaues Kurfürstenstraße 3 eine Schwenkleine und ein Messing-Wasserhahn im Werthe von 30 Mark gestohlen. Der Wasserhahn ist daran kennbar, daß das Gewinde von Eisen, während dies sonst in der Regel nicht der Fall ist.

— Stettin-Newyork, National-Dampfschiffs-Kompagnie, Linie C. Messing. Heute ist der Dampfer „Albon", Kapt. Souleby, mit Passagieren und Gütern für Newyork abgegangen.

* **Naugard**, 23. April. In der Nacht vom 21. auf den 22. d. brach in dem Stallgebäude des Sattlermeisters Neumann hier Feuer aus, was in kurzer Zeit den Flügel des Wohnhauses, sowie das Hinterhaus in Asche legte; ein kleines Stallgebäude des Rechnungsraths Wangerin wurde abgerissen, da es gefahrbringend erschien. Ein größeres Stallgebäude des Kaufmanns L. Ascher jedoch ohne jede vorhandene Gefahr nach beseitigtem Brande auch abgerissen. Ueber die Entstehung des Feuers ist bis heute nichts bekannt. Die neu organisirte Turner-Feuerwehr hat sich trotz ihres erst kurzen Bestehens rühmlichst ausgezeichnet.

Greifswald, 21. April. Der Herr Oberpräsident von Pommern zu Stettin hat unter dem 6. v. Mts. für die Benutzung des Hafens an der Greifswalder Oie (Insel) unter Aufhebung der Polizei-Verordnung des Amtes Cröslin vom 15. Oktober 1877 folgende polizeiliche Verordnung erlassen:

§ 1. Jeder Führer eines in den Hafen an der Greifswalder Oie einlaufenden Schiffes oder Bootes ist verpflichtet, dem Hafenaufseher resp. dem dort stationirten Gendarmen auf Erfordern seinen Namen und Wohnort anzugeben, sowie den Anordnungen desselben über den Liegeplatz des Fahrzeuges unbedingt Folge zu leisten.

§ 2. Anker und Draggen der anlegenden Fahrzeuge dürfen nicht auf das Bankett gelegt werden.

§ 3. Das unbefugte Betreten, sowie jede Beschädigung oder Verunreinigung der Molenmauer ist untersagt.

§ 4. An und auf den Molenmauern, sowie am Strande im Hafen darf kein Feuer angemacht, auf den Banketts und den Bankettspfählen kein Holz gehauen werden. — Ferner dürfen auf den Molen nicht Netze, Netzstaken oder sonstige Geräthe ohne besondere Erlaubniß des Hafenaufsehers hingelegt werden.

§ 5. Die Entnahme von Steinen vom Strande und im Hafen, desgleichen das Auswerfen von Ballast im Hafen ist verboten.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark geahndet.

Vermischtes.

B e r l i n. In der Nacht zum Mittwoch trat an einen Nachtwächter ein Fremder heran mit den Worten: „Ich bin der Kriminal-Kommissar Weien — ich beabsichtige in Ihrem Revier eine Revision der Schankwirthschaften vorzunehmen; war bereits der Wachtmeister da?" Auf die verneinende Antwort des Wächters fuhr der Fremde fort: „Folgen Sie mir!" Das sichere Auftreten des Fremden bestimmte den Wächter, ohne Weiteres der Aufforderung Folge zu leisten. Er begleitete den angeblichen Kriminal-Kommissarius nach mehreren Lokalen, in denen dieser Ausstellungen machte, nach Personen forschte 2c., bis er endlich, noch immer vom Wächter begleitet, nach einem Lokale kam, wo er von anwesenden Gästen als ein guter Bekannter begrüßt wurde. Diese vertrauliche Begrüßung erregte den Verdacht des Wächters, welcher nunmehr die Legitimation des angeblichen Kriminal-Kommissars sich erbat und da diese nicht vorgezeigt werden konnte, zur Verhaftung des Fremden schritt. Bei der Vernehmung gab der Fremde an, daß er der Arbeiter Zakrewski sei und nur den Versuch gemacht habe, ob er sich für den Kriminaldienst eigne, da er die Absicht hätte, zur „Kriminalpartie" überzugehen.

— Der verstorbene Kammergerichts-Präsident von Strampff — so schreibt man der „Mgd. Z." von hier — war im weiten Gebiet des Kammergerichtsbezirks ein sehr populärer Mann. Er hatte die Gewohnheit, auf seinen Inspektionsreisen nicht in Gasthöfen zu verkehren, sondern sich bei Privatleuten einzuquartieren, die auf ein oder mehrere Tage ein Zimmer entbehren konnten. Bei denen war er ein sehr gern gesehener Gast, denn er interessirte sich für das Schicksal der vielen Familien, in deren Häusern er verkehrte, nicht blos oberflächlich, sondern er hatte für jeden Sohn, der zur Ausbildung nach Berlin kam, wie für jede Tochter, die sich verheirathen sollte, eine rührende Theilnahme. Besonders diejenigen Familien erfreuten sich seiner ganz besonderen Gunst, bei denen kommissarisch beschäftigte Assessoren oder unverheirathete junge Richter gutes Unterkommen und sorgliche Pflege fanden. Meldete sich in kleinen Provinzialstädten Herr von Strampff bei seinen Quartiergebern an, so wurde immer das gekocht, was der Herr Präsident gern aß, und die beste Sorte wurde aus dem Keller geholt, um den Gast, der übrigens immer Hotelpreise bezahlte, an das Haus zu fesseln. Häufig war Strampff's Erscheinen der Anlaß zur Veranstaltung eines Familienraths, wo erwogen wurde, ob der Fritz Mediziner oder Theologe werden und ob die Dore den etwas leichtsinnigen Kaufmann doch noch heirathen sollte oder nicht. Strampff's Rath galt für ein Evangelium, und er war mit seinem sichern Blick wie mit seinem praktischen Verstand auch ganz der Mann dazu, Anderen bei wichtigen Anlässen zu sagen, was sie thun oder was sie lassen sollten. Den Respekt vor dem hochberühmten Berliner Kammergericht mit seiner schneidigen Unpartеilichkeit erhielt in den Gemüthern der Bezirksinsassen der Verstorbene durch seine Persönlichkeit wach, in der sich vornehme Jovialität mit Ernst und Würde paarte.

— Neue Attentate in Petersburg. In dem „Petersburgskij Listok" lesen wir: „Am 15. d. M., um 11 Uhr Nachts, ging der Einjährig-Freiwillige des nowotscherkaßkischen Regiments A. M. Serdiukow über den Newski-Prospekt in der Richtung gegen den Liteinij-Prospekt. Plötzlich verspürte Serdiukow am Halse einen Stoß, dann einen Schmerz, worauf er ohnmächtig zusammenstürzte. Ein Kutscher hob den Einjährig-Freiwilligen auf und brachte denselben zum nächsten Arzt, welcher konstatirte, daß Serdiukow einen Dolchstich in den rückwärtigen Theil des Halses erhalten habe, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt sei. In der Nadeschdinskajagasse fand man später einen blutigen Dolch, an dem ein Zettel folgenden Inhalts klebte: „Verräther Serdiukow zum Tode verurtheilt. Das Exekutiv Komité." — Das Revolutions-Komité in Rußland arbeitet ungehindert weiter. Der Petersburger „Listok" vom 17. d. berichtet über folgende neue Schreckensthat dieses Komités: „Am 16. d., Abends, erfolgte bei der Wosnesenskibrücke plötzlich eine furchtbare Detonation. Die Passanten eilten dorthin, von wo die Detonation kam, und fanden daselbst, und zwar am Jekaterininschen Kanal, den ganzen Flügel eines Hauses zerstört. Der Brand wurde gelöscht. In dem in die Luft gesprengten Hause wohnte der General K. Im Hauskeller fand man zwei unversehrte Pulverminen und mehrere Sprenggeschosse. Durch die Sprengung des Hauses erlitt die gegenüberliegende Himmelfahrtskirche einigen Schaden."

— Unglück auf der Jagd. Ein harter Schicksalsschlag hat die Familie des Grafen von der Schulenburg auf Tressow bei Bobitz getroffen. Aus Gadebusch wird über die traurige Affaire Folgendes berichtet: Der älteste Sohn des Grafen von der Schulenburg, ein junger Mann von 18 Jahren, ging mit seinem etwa gleich alten Freunde, dem Baron von M., und dem Gutsjäger in der Nähe von Bobitz auf die Schnepfenjagd. Beim Ueberspringen eines Grabens entlud sich das Gewehr des Barons, an dem die Versicherung nicht vorgeschoben war, und die ganze Ladung drang in den Rücken des jungen Grafen, der in 4 Minuten eine Leiche war. Die Verzweiflung des Barons war so schrecklich, daß der Jäger nur mit Mühe ihn von einer äußersten That zurückhalten konnte.

— (Kinder-Logik.) Die Familie sitzt beim Abendbrod. „Papa", sagt Gretchen, „gieb mir noch ein Butterbrod." „Nein, mein Kind, Du hast reichlich genug, sonst kannst Du nicht schlafen." Gretchen blickt vorwurfsvoll in ihre Tasse und schmollt: „Soll ich denn den Thee so t r o c k e n trinken?"

Telegraphische Depeschen.

Straßburg i. E., 23. April. Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen hat heute den Gesetzentwurf betreffend die Ausführung der Civilprozeß-, Konkurs- und Strafprozeß-Ordnung in dritter Lesung angenommen. Der Präsident des Landes-Ausschusses, Schlumberger, erwähnte in seiner Schlußrede die erledigten Berathungsgegenstände und sagte sodann: „Sie sprachen von Neuem den Wunsch aus nach einer staatlichen Selbstständigkeit Elsaß-Lothringens. Aus den im Reichstage erfolgten Erklärungen geht hervor, daß die Angelegenheit im Wege der Gesetzgebung geregelt werden wird. Wir hoffen, daß die zu treffenden Maßnahmen den Wünschen des Landes entsprechen mögen und daß bei der Neuordnung unser verehrter Oberpräsident berufen sein wird, auch fernerhin dem Lande seine hervorragenden Dienste zu leisten." Der Oberpräsident erwiderte darauf: „Ihre freundlichen Gesinnungen für mich beantworte ich mit dem Dank dafür, daß Sie wirksam halfen, das Reichsland bis zu dieser Etappe seiner eigenen Entwickelung und seiner Rückkehr zum deutschen Mutterlande zu führen. Ich füge den Wunsch hinzu, daß Ihre Nachfolger in der neuen Organisation mit gleichem Schritte und mit gleichem Tempo sich dem Ziele nähern mögen, daß Elsaß-Lothringen ein selbstständiger Bundesstaat im deutschen Reiche werden möge. Ich erkläre die sechste Session des Landesausschusses für geschlossen.

Hamburg, 23. April. Eine heute an der hiesigen Börse unter dem Vorsitze von Edgar Roß stattgehabte Versammlung von Kaufleuten beschloß eine Petition an den Reichstag zu richten gegen die Erhöhung der Sätze des Tarifs, soweit dieselben nicht reine Finanzzölle sind, gegen den § 5 des Tarifgesetzentwurfs und gegen jede Rückkehr zum System der Differenzialtarife.

Wien, 23. März. Der Kaiser und die Kaiserin empfingen heute die Deputationen des deutschen Ordens, des Malteser-Ordens, des böhmischen, galizischen, niederösterreichischen, mährischen, steierischen, schlesischen und tyrolischen Adels, sowie eine Deputation der Handelskammern und eine Deputation von Serajewo. Mittags fand die feierliche Uebergabe der Kirchenschlüssel zu der Votivkirche durch den Erzherzog-Protektor Karl Ludwig an den Kardinal Kutschker statt.

Wien, 23. April. Der „Avvenire d'Italia" bespricht das von Garibaldi am 21. d. in der Versammlung der Häupter der demokratischen Partei entwickelte Programm und hebt dabei hervor, daß die Italia irredenta mehr eine innere Verlegenheit für Italien, als eine internationale Gefahr sei. Die Agitation derselben würde die Einheit Italiens gefährden, da ihre Urheber die Republikaner seien. Das Ministerium sei stark genug, um jeden Versuch zu verhindern, welcher Italien gefährlichen Abenteuern entgegentreiben wollte.

Bei dem heutigen Empfange der Deputation aus Serajewo sagte der Kaiser, er hoffe Bosnien einen dauernden Frieden zu sichern und so die feste Grundlage zu einer glücklichen Zukunft und gedeihlichen Entwickelung des Landes zu legen. Er baue daher auf die eifrige Unterstützung der Bevölkerung Bosniens.

Wien, 23. April. Die „Polit. Corresp." schreibt:

Aus Belgrad: Die serbischen Brigaden aus Kruschevatz, Alexinatz und Prokopolje sind unter dem Oberbefehl des Oberst Hrvatovich abgesandt worden, um die auf den Höhen Samokovo verschanzten Albanesen zu vertreiben. Einer inzwischen eingetroffenen Meldung zufolge sind die Arnauten vollständig geschlagen und versprengt worden.

Aus Bukarest: Die Dobrudscha ist in den letzten Tagen von den Russen gänzlich geräumt worden.

Aus Konstantinopel: Die ostrumelische Kommission erklärte sich dafür, daß das Land die Verpflichtung zum Rückkauf der Vakufgüter nach 30 Jahren übernehmen solle.

Rom, 23. April. Zu Ehren der Mitglieder des hiesigen deutschen archäologischen Instituts, welches soeben die Feier des 50. Jahrestages seines Bestehens begangen hat, fand gestern Abend in der deutschen Botschaft ein großer Empfang statt. Der König und die Königin erschienen gegen 11 Uhr mit den Hofstaaten und dem militärischen Gefolge, sowie mit den Damen des Hofes. Außerdem waren die Mitglieder des diplomatischen Korps, die Minister anwesend.

Mittwoch findet bei dem Minister des öffentlichen Unterrichts ein großes Diner zu Ehren der Mitglieder des deutschen archäologischen Instituts statt.